

# ***Afghanistankrieg: Das Kleingedruckte bei den Abzugsbekundungen***

*Von Uli Cremer und Wilhelm Achelpöhl*

Nach dem Lissaboner NATO-Gipfel haben sich die politischen Kräfte in Berlin mit dem Fortschrittsbericht der Bundesregierung und den Reaktionen der Bundestagsfraktionen darauf für die Abstimmung über die Fortsetzung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan Ende Januar in Stellung gebracht.

## **Die neue Diskussion um den "Abzug" aus Afghanistan**

Auch wenn der Bundestag Ende Januar 2011 wieder mit einer großen Mehrheit die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan beschließen wird - man könnte den Eindruck haben, als gehe es nicht um eine Verlängerung des Einsatzes, vielmehr sei der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan beschlossene Sache, ein Abzug, bei dem allenfalls noch Details zu klären seien. Das neue Zauberwort heißt "Transition", "Übergabe der Verantwortung an die Regierung Karzai." Zum Beginn dieses Abzugs erklärte Außenminister Westerwelle: "Ende 2011 werden wir unser Bundeswehrrkontingent in Afghanistan erstmals reduzieren können. Wir werden jeden Spielraum nutzen, um damit so früh zu beginnen, wie es die Lage erlaubt, und es vor allem unsere verbliebenen Truppen nicht gefährdet."<sup>1</sup> Das Kleingedruckte liest sich auf der Website der Bundesregierung so: „Zum Ziel der Bundesregierung, Ende 2011 erste Bundeswehr-Soldaten aus Afghanistan abzuziehen, erklärte Merkel, dass die Lage dann auch so sein müsse, das man dies verantworten könne.“<sup>2</sup> Genauso sieht das Verteidigungsminister Guttenberg. Ein Abzug der Bundeswehr komme nur in Frage, "wenn die Lage es erlaubt", sagte Guttenberg dem Spiegel. Nicht Jahreszahlen seien für ihn maßgeblich, so Guttenberg: "Die Lage ist entscheidend."<sup>3</sup>

Zum Endtermin für den Bundeswehreininsatz erklärte Westerwelle: "2014 wollen wir die Sicherheitsverantwortung in vollem Umfang an die Afghanen übergeben. Dann sollen keine deutschen Kampftruppen mehr am Hindukusch im Einsatz sein."<sup>4</sup> Allerdings, so der Fortschrittsbericht der Bundesregierung, „wird die afghanische Regierung die internationale Gemeinschaft und damit möglicherweise Deutschland um die Unterstützung durch Ausbildungskräfte und Schlüsselfähigkeiten der Bundeswehr... auch über 2014 hinaus bitten.“<sup>5</sup> Bemerkenswert: während sich die deutsche Regierung nicht auf den Beginn des Abzugs im Jahr 2011 festlegen will, weil die Bedingungen dafür vielleicht noch nicht gegeben sind, steht bereits heute fest, dass die „souveräne“ afghanische Regierung in vier Jahren eine Fortsetzung des NATO-Einsatzes fordern wird. Kampftruppen abziehen und die nur noch Bundeswehreinheiten zur "Stabilisierung und Ausbildung"? Nicht einmal das ist in der Regierungskoalition Konsens: Ruprecht Polenz (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, stellte klar: "Es ist in Ordnung, zeitliche Ziele für einen Rückzug vorzugeben, aber man muss klarmachen, dass alles davon abhängt, wie sich die militärische und die politische Situation entwickeln." Falls sich die Lage bis 2014 nicht gebessert habe, müsse die Bundeswehr bleiben, so Polenz<sup>6</sup>. Präsident Karzai jedenfalls hatte auf der Afghanistan-Konferenz in London im Januar 2010 erklärt, die afghanische Regierung sei im Bezug auf Streitkräfte und Polizei absehbar noch so schwach, dass "die Zeit bis zum Abzug der internationalen Truppen noch auf zehn

---

<sup>1</sup> Bundestagsdebatte 16. Dezember 2010 Plenarprotokoll 17/81 S. 8909

<sup>2</sup> [http://www.bundesregierung.de/nn\\_1264/Content/DE/Artikel/2010/12/2010-12-18-merkel-afghanistan.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2010/12/2010-12-18-merkel-afghanistan.html)  
- gefunden 18.12.2010

<sup>3</sup> Spiegel online <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,736343,00.html>

<sup>4</sup> Bundestagsdebatte 16. Dezember 2010 Plenarprotokoll 17/81 S. 8909

<sup>5</sup> Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des Bundestages, Dezember 2010, S.34

<sup>6</sup> Spiegel online <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,736343,00.html>

bis 15 Jahre zu veranschlagen”<sup>7</sup> sei. Übersetzt heißt das also im besten Fall, dass sich die NATO-Truppen nach Vorstellung der Bundesregierung 2014 genauso “zurückziehen“ wollen, wie die US-Truppen 2010 aus dem Irak; dort sind „nach dem Abzug der Kampftruppen“ noch 50.000 (!) Soldaten stationiert. Vielleicht kommt es aber nicht einmal dazu.

### **Und die Opposition?**

Die SPD hatte im Dezember eine Afghanistankonferenz veranstaltet und macht den Beginn des Abzugs im Jahre 2011 zu einer Bedingung für eine Zustimmung zum Bundeswehrmandat 2011. Ansonsten ist das Ende offen. Die SPD betont in ihrem Positionspapier<sup>8</sup> die Übereinstimmung mit der NATO: “Die Ankündigung der NATO, bereits Anfang 2011 zu beginnen, steht und darf nicht in Frage gestellt werden... Der amerikanische Präsident hat erklärt, mit dem Rückzug der US-Truppen Mitte 2011 beginnen zu wollen. Dies muss auch Richtschnur für den Beginn der Reduzierung des deutschen ISAF-Kontingents sein.” Worte, die sich sowohl an die Bundesregierung richten als auch an die KriegsgegnerInnen in der eigenen Partei, wie den Ministerpräsidenten Erwin Sellering und die Parteivize Manuela Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern, die einen “schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr” fordern. “2014 als Enddatum für den Abzug sei viel zu spät”, erklärte der SPD-Ministerpräsident<sup>9</sup>. Ganz vorbehaltlos ist auch die SPD-Forderung nach dem Abzug nicht. Vorsichtig formuliert man: “Die aktuelle Lage sollte es erlauben, auch in der Nordregion erste Distrikte schon Anfang 2011 an die Afghanen zu übergeben.” Da sind noch ein paar Hintertürchen offen, zumal nicht eine deutsche Oppositionspartei die „Lage“ definiert, sondern die US-Regierung bzw. die NATO (und darüber noch die deutsche *Regierung*). Und für 2014 ist nur noch von einer “Beendigung des Bundeswehr-Einsatzes im Rahmen des ISAF-Mandates” die Rede, was einen Einsatz auf der Grundlage eines *anderen* Mandats nicht ausschließt.

Auch für die GRÜNEN ist die jeweilige Beschlusslage der NATO offenbar Grenze der politischen Fantasie, mit bisweilen grotesken Konsequenzen. Zunächst entspricht der Abzugsplan der Bundesregierung geradezu den Maximalforderungen der GRÜNEN Partei. Diese hatte auf ihrer BDK in Rostock 2009 beschlossen: „Unser Ziel ist es, dass im Jahr 2010 zügig ein verbindlicher und gemeinsamer internationaler Plan zur Übergabe der vollständigen Verantwortung an die afghanischen Partner mit konkreten Zwischenzielen entwickelt wird.“ Eine “Forderung” der kleinsten Oppositionspartei, mit der sie bei der NATO offene Türen einrannte: bei der Afghanistankonferenz in London im Januar 2010 und der Folgekonferenz in Kabul im Juli wurde das Konzept auf den Weg gebracht, bei der sich die NATO sogar auf eine Übergabe der Sicherheitsverantwortung im Jahr 2014 an die afghanische Regierung festlegte<sup>10</sup>. Solange ein solches Datum nicht von der NATO festgelegt war, verboten sich für die GRÜNEN alle weitergehenden Forderungen. Sie hatten geflissentlich vermieden, ein eigenes Abzugsdatum festzulegen und entsprechende Anträge auf BDKs mit großen Mehrheiten zurückgewiesen. Mit einem Abzugsbeginn bis spätestens 2013 war man noch im Herbst 2009 vollauf zufrieden: „Im Rahmen einer zivilen Aufbauoffensive muss aber auch der schrittweise Abzug der internationalen Truppen in die Wege geleitet werden. Dies wollen wir in der jetzt beginnenden Legislaturperiode 2009 bis 2013 tun.“<sup>11</sup> Wann der Abzug beendet sein könnte, wurde nicht verraten. Ein Antrag des KV Börde an die BDK in Freiburg (November 2010), der einen (vollständigen) Abzug bis 2012 forderte, wurde gar nicht erst befasst und an den Parteirat verwiesen.

Als die NATO im November in Lissabon bereits das Jahr 2011 für den Abzugsbeginn und das Jahr 2014 für das „Abzugsende“ beschloss, hatte sie die GRÜNEN politisch links überholt und in eine

---

<sup>7</sup> FAZ 28. Januar 2010, <http://www.faz.net>

<sup>8</sup> [http://www.spd.de/aktuelles/News/6722/20101207\\_spd\\_afghanistan\\_konferenz\\_livestream.html](http://www.spd.de/aktuelles/News/6722/20101207_spd_afghanistan_konferenz_livestream.html)

<sup>9</sup> Dradio 28.12.2011 <http://www.dradio.de/nachrichten/201012281500/4>

<sup>10</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,707564,00.html>

<sup>11</sup> [http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/BDK09/BDK\\_Rostock\\_Final/F%C3%BCr\\_eine\\_verantwortliche\\_Afghanistanpolitik.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK09/BDK_Rostock_Final/F%C3%BCr_eine_verantwortliche_Afghanistanpolitik.pdf)

ungemütliche Lage manövriert. Bevor das öffentlich wahrgenommen wurde, richtete MdB Frithjof Schmidt die GRÜNE Afghanistan-Position neu aus und wendete so medialen Schaden von der Partei ab. Wie selbstverständlich forderte er nun den Abzug der Bundeswehr bis 2014, und zwar ohne Hintertürchen. Das erste Mal nannte ein GRÜNER Spitzenpolitiker ein Enddatum für die deutsche Beteiligung am Afghanistankrieg. Doch was dem Außenminister Westerwelle sein Verteidigungsminister Guttenberg ist dem außenpolitischen Sprecher der grünen Bundestagsfraktion Frithjof Schmidt der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion Omid Nouripour. Der erklärte der taz: "Ein Komplettabzug bis 2014 wäre wünschenswert, wer das aber zu stark proklamiert, läuft Gefahr, es nicht einhalten zu können". Der Beginn des Abzugs sei dagegen jetzt schon möglich und sinnvoll, "auch als Zeichen an die Afghanen, dass Anstrengungen auf beiden Seiten nötig sind"<sup>12</sup>. Und der Leserschaft des Spiegel, die offenbar Härteres verträgt, erläuterte Nouripour: "Man kann jetzt noch kein definitives Enddatum für den Abzug nennen. Wir müssen alles daransetzen, 2014 rauszukönnen, aber wir wissen jetzt noch nicht, ob das dann zu verantworten wäre."<sup>13</sup> Immerhin sprang die Parteivorsitzende Claudia Roth ihrem Außenpolitiker Frithjof Schmidt zur Seite: "Wir fordern eine nachvollziehbare, in genau beschriebene Etappen eingeteilte Abzugsperspektive, die 2011 beginnt und 2014 endet"<sup>14</sup>.

In einem sind sich bei aller Diskussion um den Abzug aber alle - bis auf die Partei Die Linke - einig: Erst einmal muss der Krieg in Afghanistan noch vier Jahre weitergehen.

Die Debatte um den "Abzug" ist gleichwohl eine bemerkenswerte Verschiebung in der öffentlichen Debatte. Als Ende 2006 einige GRÜNE auf dem Parteitag in Köln ganz vorsichtig nach einer "Exit-Strategie" verlangten, gab es heftigen Gegenwind und eine Abstimmungsniederlage. Schon die Forderung nach einer "Exit-Strategie" sei ein ganz falsches Signal: "Vorstandmitglieder wie Trittin, Claudia Roth und Fritz Kuhn wandten sich flammenden Appellen an die Delegierten: Es dürfe nicht das Signal an die Menschen in Afghanistan gesendet werden, sie würden im Stich gelassen."<sup>15</sup> Beschlossen wurde: "Wir wollen keinen Abzug aus Afghanistan einleiten, weil wir auch in der gegenwärtigen Situation für die Erreichung der Ziele des Engagements nach wie vor Chancen sehen"<sup>16</sup>. Und einige Monate später wurde auf dem Sonderparteitag in Göttingen festgestellt: "So lange zum Aufbau von Polizei und Infrastrukturen noch eine militärische Absicherung erforderlich ist und so lange diese nicht vom afghanischen Militär bzw. der afghanischen Polizei gewährleistet werden kann, so lange ist der Abzug der deutscher Bundeswehreinheiten nicht vertretbar."<sup>17</sup>

Galt 2006/07 schon die Diskussion um eine Exit-Strategie als unerwünschtes Signal, so ist es heute umgekehrt: bis hin zur Bundesregierung wird über "Exit" und Abzug gesprochen und gleichzeitig erreicht die Zahl der westlichen Soldaten neue Spitzenwerte. Man könnte fast meinen, wer heute für die Fortsetzung des Kriegs eintritt, kommt nicht umhin, dies in die schöne Rede vom Abzug zu kleiden.

## **NATO-Krieg in der Krise**

Die Diskussion um den Abzug ist auch Ausdruck der Unzufriedenheit "der Politik" mit dem Krieg in Afghanistan. Erfolge bleiben aus, stattdessen gibt es immer mehr Kosten und Opfer (allein 2010 sind

---

<sup>12</sup><http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/moeglichst-schnell-moeglichst-konkret/> taz 26.12.10

<sup>13</sup> Spiegel online 23.12.10 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,736343,00.html>

<sup>14</sup> Münchener Merkur 29.12.10 <http://www.merkur-online.de/nachrichten/politik/gruene-fordern-stufenplan-afghanistan-abzug-1062916.html>

<sup>15</sup> tagesschau.de 1.12.2006

<sup>16</sup>[http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/159/159978.gruene\\_friedenspolitik\\_umsetzen\\_fuer\\_ein.pdf](http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/159/159978.gruene_friedenspolitik_umsetzen_fuer_ein.pdf)

<sup>17</sup>[http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/197/197532.militaerische\\_eskalation\\_ist\\_keine\\_loesu.pdf](http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/197/197532.militaerische_eskalation_ist_keine_loesu.pdf)

711 westliche Soldaten gefallen, 36% mehr als 2009!<sup>18</sup>). Verbunden ist die neue Positionierung mit einer realistischen Beurteilung der Lage in Afghanistan selbst. So heißt es im Fortschrittsbericht der Bundesregierung: „Die Sicherheitslage in Afghanistan verschlechterte sich ab 2006 erheblich. Soldaten der Bundeswehr standen erstmals im Gefecht; allzu oft waren auch in Deutschland Gefallene zu beklagen. 2010 wurde zum verlustreichsten Jahr der internationalen Militärpräsenz. ... Die neue ISAF-Strategie, der Aufwuchs an truppenstellenden Nationen und der ISAF-Truppenstärke und die inzwischen Wirkung zeigende Ausbildung einsatzfähiger afghanischer Sicherheitskräfte haben 2009 und 2010 die Voraussetzungen dafür geschaffen, den Abwärtstrend zu stoppen.“ Im Klartext: es geht weiter abwärts, aber wir haben die Voraussetzungen geschaffen, um diesen Trend irgendwann zu stoppen - bis dahin geht es weiter abwärts.

Die Aufstockung der westlichen Truppen auf ca. 150.000 (plus „private Sicherheitskräfte“, also Söldner, in ähnlicher Größenordnung) hat das militärische Blatt nicht wenden können. Die Aufständischen konnten bisher nicht an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Im für den Nachschub der NATO-Truppen strategisch wichtigen Norden Afghanistans hat sich der Krieg deutlich intensiviert – mit Beteiligung der Bundeswehr. Inzwischen wurde mit drei Panzerhaubitzen schweres Gerät nach Kunduz geschafft, die Truppen sind beinahe täglich in Gefechte verwickelt. Kanzlerin Merkel bemerkte dazu bei ihrem Besuch in Afghanistan am 18.12.2010: „So etwas kannten wir seit dem Zweiten Weltkrieg nicht. Wir haben uns das von unseren Eltern und Großeltern erzählen lassen.“<sup>19</sup> [Man beachte die Traditionslinie zu den von Deutschland 1914 und 1939 begonnenen Angriffskriegen.] Die New York Times fasst die Lage im Bereich Kunduz so zusammen: „Although the numbers of American and German troops in the north have more than doubled since last year, insecurity has spread, the Taliban are expanding their reach, and armed groups that purportedly support the government are terrorizing local people and hampering aid organizations, according to international aid workers, Afghan government officials, local residents and diplomats.“<sup>20</sup>

### Afghanische Sicherheitskräfte

Dreh- und Angelpunkt aller NATO-Verkündigungen zum Truppenabzug ist die Übertragung der Verantwortung auf die afghanischen Sicherheitskräfte. Der Aufbau dieser hat seit 2009 angeblich unglaublich Fahrt aufgenommen. Die von der NATO aufgestellten Pläne seien übertroffen worden, heißt es. So soll es Ende 2010 aussehen:

Tabelle 1: Aufwuchs der afghanischen Sicherheitskräfte

	2009 (NATO-Zahl)	2010 (Zahlen gemäß Fortschrittsbericht)	Attrition Rate p.a. (Basis jeweils Gesamtzahl 2009)	Neu rekrutiert u. ausgebildet (errechnet)
ANA (Armee der Zentralregierung)	93.980	150.000 <sup>21</sup>	1,6% pro Monat = - 18.000 <sup>22</sup>	75.000
ANP (Polizei der Zentralregierung)	96.800	113.000*	1,2% pro Monat = -14.000 <sup>23</sup>	30.000

[Für September hatte die NATO die ANP-Zahl bereits mit 120.500<sup>24</sup> angegeben, aber offensichtlich sind 7.500 Personen in den letzten Monaten wieder abhanden gekommen.]

<sup>18</sup> <http://icasualties.org/oef/>

<sup>19</sup> „Merkel spricht von Krieg in Afghanistan“, tagesspiegel 19.12.2010

<sup>20</sup> <http://www.nytimes.com/2010/12/16/world/asia/16kunduz.html>

<sup>21</sup> Fortschrittsbericht, S.21

<sup>22</sup> [http://www.isaf.nato.int/images/stories/File/factsheets/1667-10\\_ANSF\\_LR\\_en2.pdf](http://www.isaf.nato.int/images/stories/File/factsheets/1667-10_ANSF_LR_en2.pdf) - selbst am 19.12.2010

noch wieder aufgefunden

<sup>23</sup> Ebenda

<sup>24</sup> Ebenda

Soweit die NATO-Zahlen. Hält man Zahlen des gerade verstorbenen US-Afpak-Beauftragten Richard Holbrooke dagegen, entpuppen sich die NATO-Zahlen als Propaganda. Danach gab es Ende 2009 nur 80.000 Polizisten. Bleiben wir aber der Einfachheit halber bei den 96.800 als Ausgangspunkt. Nach Holbrooke verliert die ANP pro Jahr 25% ihrer Leute, das wären 24.000. Um 2010 auf 113.000 zu kommen, hätten also 40.000 neue Polizisten rekrutiert werden müssen. Da die NATO-Staaten, so Holbrooke, außer Stande seien, überhaupt 24.000 (geschweige denn 40.000) zu rekrutieren und auszubilden, lautete seine Schlussfolgerung: Die Größe der Polizei müsste eigentlich sinken! Die Zielzahlen wären in keiner Weise erreichbar.<sup>25</sup>

Lothar Rühl stößt in der FAZ vom 28.12.2010 ins gleiche Horn. Er geht davon aus, dass „das alliierte Programm zum Aufbau und zur Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte (Armee und Nationale Polizei) noch immer weit hinter den ursprünglichen Plänen zurückgeblieben ist.“

Also: Entweder ist in Afghanistan ein Wunder geschehen oder die „optimistischen“ NATO-Zahlen sind nur darauf zurückzuführen, dass ISAF-Kommandeur Petraeus bei Amtsantritt im Sommer 2010 den Kommunikationsetat um 100.000 US-\$ auf 290.000 US-\$ aufgestockt hat<sup>26</sup>.

Weil es vermutlich mit dem Aufbau der zentralen Polizeikräfte doch nicht so vorangeht wie behauptet, wird inzwischen wieder vermehrt auf lokale Milizen gesetzt. Nachdem die UNO seit 2003 mühselig über 100.000 Waffen von lokalen Milizen eingesammelt hat, wird dieses Programm nun endgültig konterkariert. Bereits seit 2006 hat der Westen mehrere erfolglose Programme zur Aufstellung von Milizen versucht, diese dann aber wieder gestoppt, da die Kontrolle über diese Hilfstruppen in kurzer Zeit verloren ging. 2010 gibt es nun unter Petraeus einen erneuten Anlauf, diesmal heißen die Milizen statt „ANAP = Afghan National Auxiliary Police“ einfach „Dorfstreitkräfte“ (Village Defense Forces)<sup>27</sup>.

Auch die Bundeswehr vertraut eroberte Gebiete solchen Hilfstruppen an: „Die Deutschen operieren heute mit diesen Kämpfern, die ihnen vor kurzem noch Selbstmordattentäter schickten und sie in Hinterhalte lockten.“<sup>28</sup> Wie loyal werden die neuen Verbündeten auf Dauer sein?

Und wie steht es um die Qualität der afghanischen Hilfstruppen? Die FAZ berichtet in diesem Zusammenhang im Februar 2010: „Wiederholt kommt es vor, dass Angehörige der afghanischen Armee für Tage oder Wochen verschwinden – vor allem im Sommer, wenn die Ernteanstcht. Die Abwesenheitsquote in den Einheiten beträgt mitunter bis zu 40 Prozent, klagt ein Ausbilder. Als besonders gravierend beschreibt der Soldat die Korruption in den Sicherheitskräften. So lasse der Geheimdienst NDS gefangene Taliban gegen Lösegeld laufen, ‚so dass sie uns auf dem Schlachtfeld schon bald erneut begegnen‘. Immer bedrohlichere Ausmaße nimmt die Unterwanderung der Sicherheitskräfte durch Aufständische an. Anfang Februar erschoss in einer Polizeistation in Mazar-i-Sharif ein Taliban in Polizeiuniform zwei schwedische Isaf-Soldaten.“<sup>29</sup>

Wie die „Übergabe“ an die Afghanen vorankommt, beleuchtet folgender Zeitungsbericht: „...Beziehungsaufbau zu den Erwachsenen: Am Morgen hat [US-Oberleutnant] West eine Ältestenversammlung einberufen, um den Bewohnern des Dorfes Regi Kalache zu erklären, was die Regierung für sie tun kann. Leider ist der zuständige Distriktsmanager Mohammad Tahir nicht gekommen... Und so bleibt dem jungen Mann aus Ohio nichts anderes übrig, als den afghanischen

---

<sup>25</sup> Bob Woodward: Obama's Wars, London 2010, S.226

<sup>26</sup> „Die Spannung ist aus den Gesichtern gewichen“, FAZ 9.11.2010

<sup>27</sup> Vergl. hierzu: Hilfspolizisten, Schutzkräfte, Dorfschützer - Die Bewaffnung afghanischer Milizen; <http://imi-online.de/download/JS-AUSDRUCK-AfghMilizen.pdf>

<sup>28</sup> Marco Seeliger: Im permanenten Kriegseinsatz, FAZ 18.10.2010

<sup>29</sup> Marco Seliger: Rotwein für die afghanischen Kameraden, FAZ 16.02.2010, S.3

Staat in Abwesenheit der Regierung aufzubauen.“<sup>30</sup> Die Rekrutierung örtlicher Milizen als “Polizei” Truppen wird in der New York Times ernüchternd beschrieben: “NATO’s current strategy aims to transform many of these militias into local police forces that would augment the often thin national police. However, many local Afghan officials worry that the plan legitimizes the groups, some of which are made up of little more than thugs, and amounts to putting government uniforms on gunmen whose real loyalty is to their local strongman.

Sometimes known as “arbakais,” these armed groups include semiofficial militias organized and paid by the Afghan intelligence service; others are simply armed gangs that prowl through villages demanding food, shelter or money.<sup>31</sup>”

### **Die “Bedingungen” für ein Ende des Einsatzes**

Blickt man auf die Bedingungen, von denen ein Abzug aus Afghanistan abhängig gemacht wird, dann müssen zunächst die ursprünglichen Ziele des Krieges in den Blick genommen werden - und zwar jene Ziele, die für die USA und ihre Verbündeten ausschlaggebend waren, nicht jene, die etwa jene vermeintlich “guten Gründe” mit denen mancher GRÜNE aus einer „Verantwortungsethik“ seine Zustimmung zu diesem Krieg verband. Denn auch wenn von der Politik in ihrer “Öffentlichkeitsarbeit” manche dieser “guten Gründe” aufgegriffen wurden, sie waren – wie etwa der Kampf um die Rechte der afghanischen Frauen - wie Verteidigungsminister Guttenberg klarstellte „nachgeschoben“: „Natürlich ist es unbestreitbar wichtig, dass man Kindern hilft, dass man Frauen hilft in ihren Rechten und all jenen. ... Aber das waren Gründe, die nachgeschoben wurden.“<sup>32</sup> Der frühere Außenminister Joschka Fischer formulierte dasselbe so: „Es gibt so etwas wie eine pazifistische realpolitische Konsequenz. Wir können nicht überall humanitär intervenieren, das Elend zwar sehen, unser Bestes mit endlichen Mitteln versuchen aber nicht allerorts etwas dagegen tun. Wir sind betroffen; ich meine das mit tiefem Ernst. Aber wir können nicht überall eingreifen. Auch das himmelschreiende Unrecht in Afghanistan ist nicht der hinreichende Grund für die Abwägung aller Möglichkeiten.“<sup>33</sup>

Was waren nun die Gründe für das militärische Engagement des Westens?

1. Für die USA war der Krieg offiziell eine Reaktion auf die Anschläge des 11. September 2001, die der Al Qaida angelastet wurden. Mit den Anschlägen waren nicht nur über 3000 Menschen getötet worden, es war auch die Verletzbarkeit der nach dem Kalten Krieg einzigen verbliebenen Weltmacht demonstriert worden. Von Afghanistan, dem Rückzugsraum von Al Qaida, sollte keine Gefahr für die USA mehr ausgehen können. Da das Taliban-Regime der Al Qaida Unterschlupf gewährte hatte, war ein Regime Change „vonnöten“.

Zugleich war der Afghanistankrieg auch eine Demonstration US-amerikanischer Weltordnungsmacht. Schließlich ging es für die USA auch darum, eine militärische Präsenz in Zentralasien zu schaffen, die es zuvor so nicht gegeben hatte. Die geostrategische Bedeutung Afghanistans ergibt sich aus seiner Nähe zum Kaspischen Meer und zur Golfregion (mit jeweils umfangreichen Energievorräten) sowie zur Nähe Irans. Denn Konstante der US-Politik ist seit 1979 die Feindschaft zum Iran. Zur Eindämmung des Iran ist das Nachbarland Afghanistan von strategischer Relevanz.

Auch wenn Al Qaida in Afghanistan heute keine Rolle mehr spielt, ist ein Ende des militärischen US-Engagements in Afghanistan auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Denn dass die USA auf Dauer die Dinge in die Hände einer Regierung vom Schlage eines Hamid Karzai legen werden, darf getrost als völlig ausgeschlossen gelten. Die USA werden wohl kaum ihre in Afghanistan errichteten

---

<sup>30</sup> Friedericke Böge: In Vertretung der abwesenden Regierung, in: FAZ 19.11.2010

<sup>31</sup> <http://www.nytimes.com/2010/12/16/world/asia/16kunduz.html>

<sup>32</sup> [http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2010/02/12/drk\\_20100212\\_1907\\_a3249873.mp3](http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2010/02/12/drk_20100212_1907_a3249873.mp3)

<sup>33</sup> <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/14/14198.pdf>

Militärstützpunkte aufgeben. Inzwischen hat die Obama-Regierung den Krieg in Afghanistan nüchtern bilanziert und kreierte der Vorgängerregierung vor allem eines an - den fehlenden Sieg. Ein Krieg, an dessen Notwendigkeit keine Zweifel bestehen ("war of necessity"), bei dem aber auch nach neun Jahren der Erfolg (Sieg) ausbleibt, auch so etwas kann als eine Schwäche der US-amerikanischen Nation aufgefasst werden, denn der Krieg in Afghanistan ist für US-Präsident Obama "ein andauernder Test für die Führungskraft der USA in der Welt sind" ("an enduring test of .. our leadership in the world"). Deshalb hatte die Obama Regierung zweierlei korrigiert: Die eingesetzten Mittel wurden militärisch und zivil deutlich erhöht und gleichzeitig die Ziele reduziert.

2. Für Deutschland hatte die Beteiligung am Krieg andere Gründe. Zwar wird auch von der deutschen Regierung gebetsmühlenartig der Kampf gegen den Terrorismus betont. Kanzlerin Merkel: "Der berühmte Satz unseres früheren Verteidigungsministers Peter Struck bringt das für mich auf den Punkt. Er sagte vor Jahren: Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt<sup>34</sup>". Andererseits weiß auch die Bundesregierung, dass eine Gefahr durch AlQaida in Afghanistan kaum gegeben ist. Entsprechend heißt es im "Fortschrittsbericht": "Im Vergleich zu den Aktivitäten der Taliban sind die Aktionen von AlQaida (AQ) in Afghanistan inzwischen weniger bedeutend....das entschlossene Vorgehen gegen das Terrornetzwerk AlQaida in Afghanistan" habe "die unmittelbare Gefahr weltweit zunächst gebannt. Insofern war das internationale Engagement bisher erfolgreich. Die Taliban wollten wieder zu ihrer afghanischen Identität und nach Afghanistan zurückkehren; die Unterstützung des Terrornetzwerks AlQaida vor den Anschlägen vom 11. September 2001 sei längst als schwerer Fehler erkannt worden." Unter dem Gesichtspunkt der Terrorbekämpfung macht auch aus Sicht der Regierung der Krieg in Afghanistan immer weniger Sinn.

Für Deutschland hatte der Krieg vor allem bündnispolitische Gründe: wenn die USA sich nach dem 11. September daran machten, die Welt zu ordnen, dann musste Deutschland dabei sein, wollte man nicht "irrelevant" sein. Bekanntlich beschloss die NATO den Bündnisfall nach dem 11. September in der Erwartung, der Krieg würde von den USA als Bündniskrieg geführt. Die USA verzichteten 2001 bei Beginn des Krieges auf die NATO, es war federführend Deutschland, das ISAF zur NATO-Sache machte, um auf diese Weise den Krieg als Bündniskrieg, also unter Mitsprache der EU und damit Deutschlands zu führen. Ohne die USA kommt ein Ende der Beteiligung Deutschlands deshalb gleichfalls nicht in Betracht. Merkel: "Wer deshalb heute den sofortigen, womöglich sogar alleinigen Rückzug Deutschlands unabhängig von seinen Bündnispartnern aus Afghanistan fordert, der handelt unverantwortlich....die Folgen für die internationale Gemeinschaft und ihre Bündnisse, in denen wir Verantwortung übernommen haben, und für unsere eigene Sicherheit wären unabsehbar. Die internationale Gemeinschaft ist gemeinsam hineingegangen; die internationale Gemeinschaft wird auch gemeinsam hinausgehen." Freilich ist die Bedeutung des Afghanistankrieges als Zeichen der Bündnistreue gesunken, da "in den letzten Monaten immer mehr ISAF-Partnerstaaten eine Abzugsperspektive für ihre Truppenpräsenz entwickelt haben" wie es die SPD in ihrem Positionspapier formuliert. Und Frithjof Schmidt erinnerte in seiner Antwort auf die Regierungserklärung Westerwelles am 16.12.2010 gleichfalls daran: "Unser westlicher Nachbar, die Niederlande, hat seine Armee bereits weitgehend nach Hause geholt. Polen, unser östlicher Nachbar, hat erklärt, seine Truppen in den kommenden zwei Jahren abzuziehen. Italien, der viertgrößte Truppensteller, will von 2011 bis 2014 den Abzug vollziehen. Und Schweden, mit dem wir gemeinsam im Norden Afghanistans engagiert sind, hat parteiübergreifend beschlossen, zwischen 2012 und 2014 stufenweise abzuziehen."

Doch Deutschland will eigenständiger Bündnispartner sein, nicht Hilfstruppe der USA. Inzwischen ist wenig geblieben von einer eigenständigen Rolle Deutschlands, das sich in Afghanistan gern als die "andere Ordnungsmacht" präsentierte, die im Norden Afghanistans Frieden schafft und Brunnen baut und nicht wie die USA im Süden des Landes Hochzeitsgesellschaften bombardiert. Mittlerweile ist das eingetreten, was Wolfgang Ischinger, bei Teilen der GRÜNEN hoch geschätzter Beamter des

---

<sup>34</sup><http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17037.pdf>

Außenministeriums in rot-grünen Zeiten und heute Chef der Münchener Sicherheitskonferenz im Jahr 2009 befürchtete: „Die Provinz Kundus ist mit den gegenwärtig verfügbaren Kräften nicht mehr in den Griff zu kriegen. Der von den Taliban geführte Aufstand im deutschen Verantwortungsbereich im Norden breitet sich aus. Mangels Truppen kann Isaf die Bevölkerung kaum schützen. Um Kundus zurückzugewinnen, müssen die militärischen Kräfte deutlich verstärkt werden. Wenn wir in den nächsten Wochen und Monaten keine nachhaltige Anstrengung machen, wird allenfalls eine großangelegte Intervention amerikanischer Truppen die Lage im Norden beruhigen können. Die Folgen hiervon wären ein Reputationsverlust Deutschlands in der Nato, die weitere Amerikanisierung der gesamten Isaf-Operation und ein faktischer Verlust der deutschen Rolle im Norden. Mit anderen Worten: ein Debakel<sup>35</sup>.“ Heute sind im Norden Afghanistans mehr US-amerikanische Truppen als deutsche. Und seit dem Massaker vom 4.9.2009 am Kunduzfluss ist es auch vom „zivilen“ Bild des deutschen Militärs wenig übrig geblieben.

### **Der Erfolg ist Definitionssache**

Seit fast zehn Jahren wird in Afghanistan Krieg geführt, seit fast zehn Jahren sterben Menschen in diesem Krieg. Aber wann ist der Krieg aus Sicht der Kriegsführenden erfolgreich und kann beendet werden? Äußere Kennzeichen für einen „Sieg“ gibt es nicht, eine Hauptstadt der Taliban kann man nicht mehr erobern. Wann soll ein Zustand erreicht sein, bei dem man sagen kann: „Die Ziele sind erreicht.“? Wenn die afghanische Armee und Polizei eine bestimmte Stärke erreicht hat? Reale Stärke oder Propagandastärke? Aber was sagen Zahlen über die Stärke der Polizei überhaupt aus? Was nützt eine Polizei, die das Land nicht kontrollieren kann? Die Unkontrollierbarkeit des Landes ist bekanntlich entscheidender Faktor dafür, dass Afghanistan Weltmarktführer im Rauschgifthandel ist - und nicht so sehr die klimatischen Verhältnisse. Wäre deshalb eine gesunkene Jahresproduktion von Opium in Afghanistan vielleicht der bessere Indikator für einen Erfolg der NATO? Oder vielleicht die gesunkene Zahl der Selbstmordattentate? Oder ist der Sieg dann da, wenn die Zahl der Gefallenen der NATO sinkt, statt wie jedes Jahr weiter zu steigen? Oder ist der Sieg da, wenn Osama Bin Laden festgenommen wird? Oder etwa dann, wenn Talibanführer Mullah Omar in eine Koalitionsregierung eintritt? Der Sieg bzw. die „Erfüllung“ der Bedingungen für einen Abzug sind offenbar Definitionssache von dem, der die *Definitionsmacht* hat. Gestehen wir diese der NATO zu, müssen wir feststellen, dass sie keine klaren Maßstäbe ausgegeben hat, sondern die Lage nach Gutdünken beurteilt. Wer (wie eine deutsche Oppositionspartei) selbst nicht die Definitionsmacht besitzt, aber trotzdem die Erfüllung von Bedingungen zur Voraussetzung eines Abzugs macht, diese aber nicht präzise definiert, der knüpft den Abzug nicht an ein objektiv feststellbares Ereignis, sondern an eine subjektive Definition Anderer.

Vor diesem Hintergrund ist das Datum 2014 letztlich völlig willkürlich oder zumindest genauso willkürlich wie die Einschätzung der Bundesregierung, dass 2011 das „Wendejahr“ im Afghanistankrieg würde.

Wenn die GRÜNEN Kritikpunkte richtig sind und die Aufwuchszahlen für die afghanischen Sicherheitskräfte nur auf dem Papier stehen, warum und wie sollte sich 2011-2013 die Lage in Afghanistan entscheidend verbessern? Wer 2013 auf dem Abzugsende 2014 beharrt, ist in exakt der gleichen Situation wie der, der heute (Anfang 2011) den Abzug in 2011 vollendet sehen will.

Was soll also die Laufzeitverlängerung des Afghanistankrieges bzw. der Bundeswehrebeteiligung daran um weitere vier Jahre? Sie macht praktisch nur deshalb Sinn, weil die NATO beschlossen hat, bis 2014 mit Kampftruppen in Afghanistan zu bleiben und für Deutschland eine machtpolitische Perspektive in der Welt (anders als für die USA) jenseits der NATO nicht in Sicht ist. Deshalb bleibt die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistankrieg für all jene alternativlos, für die die Beachtung der jeweiligen NATO Beschlusslage Ausweis der „Realitätstüchtigkeit“ der eigenen Politik ist.

---

<sup>35</sup>Wolfgang Ischinger / Timo Noetzel: Afghanistan darf nicht scheitern, FAZ 12.10.2009



## Die Szenarien bis 2014

Wahrscheinlich sind diese Szenarien:

- 1) Szenario „Irak“: Wie angekündigt werden die westlichen Hauptkräfte bis 2014 abgezogen; wie im Irak verbleiben aber einige zehntausend Truppen. Der Krieg geht auf niedrigerem Niveau weiter, parallel bemüht sich die NATO um ein Abkommen zur eigenen Gesichtswahrung, denn die ursprünglich verfolgten Regime-Change-Ziele werden aufgegeben. Konsequenz für die Bundeswehr: Sie bleibt in etwas reduzierter Anzahl über das Jahr 2014 stationiert.
- 2) Szenario „Vietnam“: Die „Lage“ lässt den Abzug ab 2011 nicht zu. Also geht der Krieg in unverminderter Härte weiter. Ab 2017 zieht der Westen dann doch in Schimpf und Schande ab, wie die USA in Vietnam. Das Karzai-Regime fällt wenige Monate nach dem Abzug. Die Bundeswehr würde ebenfalls bis zum bitteren Ende bleiben.
- 3) Szenario „Paschtunistan“: Die NATO gibt ab 2011 die ländlichen Gebiete auf und zieht sich in die wichtigsten Städte zurück; außerdem wird der Norden gehalten. Einzelne Länder klinken sich aus, andere stocken auf. Auch die Bundeswehr wird verstärkt, da der Norden gehalten werden soll. Entsprechend geht der Einsatz bis zum St.Nimmerleinstag weiter. Es kommt zu einer faktischen Teilung des Landes: Die Aufständischen übernehmen die paschtunischen Gebiete, aber Kabul und der Norden bleiben weiter Karzai-regiert, auch wenn periodisch Verhandlungen über gemeinsame Regierung stattfinden. [Auch im Irak war vor 2003 der kurdisch besiedelte Norden jahrelang faktisch abgespalten.] Konsequenz für die Bundeswehr: Da der Norden unter deutschen Kommando steht, bleibt die Bundeswehr auf Dauer in Afghanistan stationiert.

Ein militärischer und politischer Fortschritt der NATO ist auch deswegen höchst unwahrscheinlich, weil die Anwesenheit und das Agieren der NATO-Truppen nicht stabilisierend wirkt, sondern vielmehr den Aufstand anfacht. Der ehemalige UN-Gesandte für Afghanistan, Kai Eide, bemerkt hierzu: „...die Taliban werden sich nicht in einen demütigenden Dialog zwingen lassen; und außerdem wird noch mehr Gewaltanwendung zu weiteren Rekrutierungen von Aufständischen führen.“<sup>36</sup> Anders ausgedrückt: Die NATO ist Teil des Problems, nicht der Lösung. Erst recht, wenn es eigentlich um sie selbst geht, wenn sie „nicht als geschlagene Allianz vom Hindukusch abziehen“<sup>37</sup> darf. Um es mit Obama auszudrücken: „Jetzt müssen wir zusammenstehen, um diesen Krieg erfolgreich zu beenden. Auf dem Spiel steht nicht nur die Glaubwürdigkeit der NATO, sondern die Sicherheit unserer Alliierten und die kollektive Sicherheit der Welt.“ (Obamas West Point Rede 2.12.2009)

Folglich täten die GRÜNEN gut daran, dem Afghanistan-Krieg keine Laufzeitverlängerung bis 2014 zu gewähren. Außerdem sollte die Partei sich außerparlamentarisch wie gegen die Laufzeitverlängerung bei den AKWs engagieren. Die friedenspolitisch alternativlose Forderung lautet: Vollständiger Abzug der westlichen Truppen und damit auch der Bundeswehr bis zum afghanischen Unabhängigkeitstag am 19.August 2011<sup>38</sup>!

Hamburg / Münster 2.Januar 2011

Kontakt:

Uli Cremer 0160 / 81 21 622 - [cremer@gruene-friedensinitiative.de](mailto:cremer@gruene-friedensinitiative.de)

Wilhelm Achelpöehler 0171 / 17 17 392 - [achelpoehler@gruene-friedensinitiative.de](mailto:achelpoehler@gruene-friedensinitiative.de)  
[www.gruene-friedensinitiative.de](http://www.gruene-friedensinitiative.de)

---

<sup>36</sup> <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kampfpause-in-afghanistan/3683384.html> - gefunden 28.12.2010

<sup>37</sup> Günther Nonnenmacher: Letzte Hoffnung in Afghanistan, FAZ 17.12.2010

<sup>38</sup> Der Nationalfeiertag geht auf die Unabhängigkeit von Britannien 1919 zurück.